

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
<p>I. Anträge, die finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2018 haben.</p> <p>Haushaltsrede der CDU-Fraktion</p> <p>1. Es wird beantragt, die Personalressourcen für mindestens ein Jahr zu bündeln, um Arbeitsprojekte für Flüchtlinge und die Zuführung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in der freien Wirtschaft zu organisieren.</p>	<p>Arbeit zur Integration“ ist auch aus Sicht der Verwaltung ein Schwerpunktthema, das in den kommenden Monaten und Jahren verstärkt angegangen wird. Die Verwaltung wird die Tätigkeiten der einzelnen Ämter der Stadtverwaltung und die Kooperation mit den ehrenamtlichen Helferkreisen sowie den staatlichen Stellen der Arbeitsvermittlung in einer entsprechenden Sitzungsvorlage darstellen. Es soll aufgezeigt werden, wie die diesbezüglichen Aktivitäten der einzelnen Stellen sowie des Ehrenamts gebündelt, koordiniert und sinnvoll zusammengeführt werden können. Darüber hinaus sollen konkrete Maßnahmen und Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden, um das Ziel „Arbeit zur Integration“ effektiv und messbar zu erreichen.</p>	02/32/50/65/ 66/81	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
<p>2. Es wird beantragt, die Stabsstelle für Mobilität zur Koordination und zur Beschleunigung von Planungsprozessen und Umsetzungsverfahren neu auszurichten. Verkehrsfluss, Verkehrsverlagerung, Umwelt- und Klimaschutz. Ökonomie und Ökologie im Einklang. Hierfür soll ein Budget von 100.000 Euro Ausstattung und Neuausrichtung zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Die Stabsstelle Mobilität ist durch das Förderprogramm der Region „Nachhaltige Mobilität-Mobilitätspunkte“ entstanden. Sie ist mit 70 % von einer Dipl.-Geografin besetzt, deren Aufgabe es ist, das Konzept der Mobilitätspunkte zu vervollständigen und die Umsetzung voranzutreiben. Dies ist Voraussetzung für die 70 %-ige Förderung der Stelle durch die Region. Wenn die Ausrichtung der Stabsstelle einen anderen Fokus einnehmen soll, ist eine neue Stelle erforderlich.</p>	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Sollte eine neue Stelle erforderlich sein, ist diese gesondert zu beantragen.

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
3.	Es wird beantragt, Straßenbauprojekte, unter anderem die Realisierung einer Entlastungsstraße für die Ortskerne, zu beschleunigen und hierfür Personalressourcen jetzt zu bündeln. Konkret, die Nordsüdstraße B27 alt/Maybachstraße, die sogenannte Osttangente, muss jetzt umgesetzt werden. Hierfür sollen auch in den Jahren 2019 und 2020 jeweils 10.000 Euro als Planungsmittel während des Planfeststellungsverfahrens bereitgestellt werden. Darüber hinaus sollen für die Realisierung 2,5 Mio. Euro ins Jahr 2020 vorgezogen werden.	61/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
4.	Es wird beantragt, für die Verlängerung der U5 von der Markomanenstraße bis zur Hinterhofstraße eine Planungsrate von 50.000 Euro für den nächsten Planungsabschnitt auszuweisen	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
5.	Es wird beantragt, auf den Messeauftritt bei der Wirtschaftsoase 2018 zu verzichten. Die dadurch freiwerdenden Mittel in Höhe von 189.000 Euro sollen für ein aufbauendes Konzept, mit der Zielsetzung der Ortskernstärkung, gesichert werden. Die von außen gewonnene Kaufkraft soll dauerhaft gebunden werden.	01	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag, Es wird ein Sperrvermerk gesetzt.
6.	Es wird die Einbindung und Erstellung von I-Punkten in das neu zu erstellende Marketingkonzept zur Ortskernstärkung beantragt. Informationspunkte, Mobilitätspunkte und Treffpunkte sollen vereint werden.	01	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
7. Es wird ein ergänzendes Marktangebot zur Stärkung der Ortskerne mit einer Budgetierung von 10.000 Euro als Sonderprojekt beantragt.	Der Antrag wird befürwortet. Die Verwaltung wird sich informieren, Möglichkeiten der Stärkung bewerten und die dann in die Gremien einbringen. Dann soll auch über die notwendigen Haushaltsmittel beraten und beschlossen werden.	01/32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
8. Es wird ein Sonderprojekt „Stadtrundgänge“ mit einer Budgetierung von 10.000 Euro beantragt. Ziel soll die Stärkung der Heimatverbundenheit und die Identifikation mit der Stadt sein. Die Ortskerne sollen als Startpunkt der Stadtführungen dienen und somit die Bedeutung der Ortskerne hervorheben.	Der Antrag wird befürwortet. Die Verwaltung wird einen Vorschlag unter Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen im Gremium präsentieren.	01	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
9. Es wird beantragt, die finanziellen Mittel zum Ausbau des Glasfasernetzes von 320.000 Euro auf 500.000 Euro aufzustocken.	Aufgrund der gegebenen personellen Situation ist maximal die Summe von 320.000 Euro umsetzbar. Sollten die Mittel aufgrund des starken Mittelabflusses nicht ausreichend sein, wird eine entsprechende Vorlage erstellt.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
10. Es wird beantragt, die Schulstandorte beim Ausbau des Glasfasernetzes als priorisierte Gebiete auszuweisen und zu behandeln.	Die Verwaltung hat das Thema bereits intern priorisiert, und folgende Maßnahmen ins Auge gefasst: Im Zuge der Umbaumaßnahmen Filderhalle; Ersatz der Kupfer-Verbindungsleitungen IK Schulen und LUS (2018), in 2019 Anbindung PMHG und Goldwiesenschule, in den folgenden Jahren die Grundschulen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen wie z.B. Schönbuchschule.	40/65/81	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
Haushaltsrede der Freie Wähler Fraktion				
11. Es wird beantragt, den Hebesatz für die Gewerbesteuer von 390 auf 385 v.H. abzusenken.	Der Antrag wird nicht befürwortet.	20	VKS	Im VKS am 22.11. bei 4 Gegenstimmen zugestimmt. Zunächst wurde der Antrag der LE-Bürger/FDP-Fraktion auf Beratung des Antrags im GR bei 12 Gegenstimmen abgelehnt.
12. Es wird beantragt, eine Tourismusabgabe pro Übernachtung und Person (z.B. 2 Euro) und gleichzeitige Ausgabe einer Gästekarte an Touristen mit Vergünstigungen bei Handel, Gastronomie, städt. Einrichtungen und ÖPNV, einzuführen.	Der Antrag findet sich bereits im Beratungslauf der gemeinderätlichen AG Öffentlichkeitsarbeit. Mit einer Empfehlung der Arbeitsgruppe ist im 1. Halbjahr 2018 zu rechnen.	01	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
13. Es wird beantragt, für die Verlängerung der U5 bis Echterdingen eine Rückstellung in Höhe von 1 Mio. Euro einzuplanen und intensive Gespräche mit der SSB, der Landeshauptstadt Stuttgart und der Region aufzunehmen.	Rechtlich ist die Bildung einer Rücklage nach dem NKHR nicht möglich. Es ist jedoch denkbar, eine politische Selbstbindung mit nachrichtlichem Ausweis analog der Mittel für den Lärminderungsfonds im kamerale Haushalt auszuweisen. Bzgl. des weiteren Vorgehens wird auf den Antrag Nr. 4 verwiesen.	20/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
14. Es wird beantragt, die Mittel für die Straßensanierungen um 0,5 Mio. Euro auf 2,93 Mio. Euro zu erhöhen. Gleichzeitig sollen die Planungen für die Osttangente aufgenommen werden.	Der Antrag wird befürwortet. Es werden zusätzlich 0,5 Mio. Euro über die Änderungsliste eingeplant. Die Planungen für die Osttangente Leinfeldern sind bereits in Form einer Vorstudie beauftragt.	61/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
15. Es wird beantragt, die Mittel für die Sanierung von Schulgebäuden um 1 Mio. Euro auf 1,25 Mio. Euro zu erhöhen.	Die Verwaltung hat begonnen, den mittel- und langfristigen Sanierungsbedarf an den Schulen als Grundlage für die Einstellung von Finanzmitteln, zu erheben. Es liegt noch kein Gesamtkonzept für die Sanierung der Schulgebäude vor. Mittel werden erst eingeplant, wenn ein Umsetzungskonzept vorliegt und beschlossen ist. Darüber hinaus werden laufende Unterhaltungsarbeiten durch das Budget für die Gebäudeunterhaltung im Ergebnishaushalt abgedeckt.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
16. Es wird beantragt, die Investitionsmittel für den möglichen Neubau des Hallenbades Leinfelden um 0,5 Mio. Euro auf insgesamt 1,0 Mio. Euro zu erhöhen.	Voraussichtlich kann die Stelle ab April besetzt werden. Vor diesem Hintergrund ist es unwahrscheinlich, dass in 2018 mehr als 0,5 Mio. Euro abfließen werden.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen				
17. Es wird beantragt, dass die Stadt Mitglied im Verein „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Baden-Württemberg“ wird.	Die Verwaltung ist für den Vorschlag offen.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Über die dadurch entstehenden Kosten in Höhe von 2.000 Euro soll gesondert im TA beschlossen werden.
18. Es wird beantragt, die derzeitigen ökologischen Wiesenflächen für Bienen, Hummeln und Schmetterlinge deutlich auszuweiten.	Es gibt keine Vorgaben bei der Verpachtung von städtischen Wiesenflächen. Die Verwaltung begrüßt den Vorschlag, und trägt zu diesem Thema gesondert vor.	65/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
Haushaltsrede der SPD-Fraktion				
19. Es wird um Auskunft gebeten, warum für den Sanierungsstau bei den Schulen keine Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt sind.	Siehe Antrag Nr. 15.	20/65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
20. Es wird beantragt, die Stadtbusse der Linie 38 baldmöglichst auf Hybridantrieb oder Elektromobilität umzustellen.	Zuständig ist für den ÖPNV Busverkehr der Landkreis ES, in der Ausschreibung der Linienbündel ab 12/2018 wurden EURO6 zertifizierte Busse gefordert. Die Laufzeit der Verträge beträgt 5-8 Jahre	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Es wird einen Brief des OB an den Landkreis mit der Bitte geben, bei künftigen Ausschreibungen bzgl. der Emmissionswerte vorher Rücksprache mit den Kommunen zu halten. Dieses Schreiben erhält der GR sowie die anderen großen Kreisstädte im Kreis ebenfalls zur Kenntnis.

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
21. Es wird beantragt, auf die Nachbarkommunen Böblingen, Sindelfingen und Schönaich mit dem Ziel zuzugehen, Radschnellwegverbindungen zu erstellen. Dabei sollen insbesondere Fördermittel der Region und des Bundes berücksichtigt werden.	Der Vorschlag zur Einrichtung von Radschnellwegen in Abstimmung mit Böblingen, Sindelfingen und Schönaich wird von der Verwaltung geprüft.	20/32/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
22. Es wird um Auskunft gebeten, ob der Ansatz für den Erlös aus dem Verkauf des Haldenareals (S. 357) in den Jahren 2018/2019 realistisch ist.	Unter der genannten Maßnahme wird nicht ein spezielles Grundstücksgeschäft geplant, sondern gilt für alle gleichgelagerten Geschäfte. Die Veräußerung „Haldenareal“ ist beispielhaft genannt und ist für das Jahr 2021 eingeplant.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
23. Es wird beantragt, den Ansatz für das Interimsgebäude auf dem Renaultgelände in Höhe von 2,2 Mio. Euro (S. 451) zu überprüfen, da die Bebauung lt. Aussage der Verwaltung nicht mehr notwendig ist.	Das Renaultgelände stellt eine wichtige Potentialfläche für die Anschlussunterbringung dar. Aktuelle Entscheidungen sind hier jedoch nicht notwendig. Der Erhalt der Fläche als Verfügungsfläche ist aber unabdingbar. Für das Jahr 2018 verbleibt ein Ansatz von 0,5 Mio. Euro. Der Restbetrag wird nach 2019 geschoben und ggf. im Haushalt 2019 angepasst.	20/65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
Haushaltsrede der Fraktion LE Bürger/LE-Bürger				
24. Es wird beantragt, den Durchbruch in der Jungentoilette der Goldwiesenschule umzusetzen.	Die bauliche Umsetzung wird im Rahmen der Gebäudeunterhaltung umgesetzt.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
25. Es wird beantragt, eine Kommission bestehend aus Verwaltung, insbesondere Hochbauamt, Mitgliedern der Gemeinderatsfraktionen und Mitgliedern des Jugendrates zu bilden, um den Umfang der notwendigen Sanierungsmaßnahmen bei den Schulgebäuden zu erheben. Soweit die Mittel den Schulen als Gesamtbudget zur Verfügung gestellt werden, soll dargestellt werden, um wie viel dieses Budget zum Zweck der Digitalisierung erhöht wurde.	Es ist bereits ein Arbeitskreis aus Schulleitern, Fachlehrern, Hochbauamt, Stadtwerke und Amt für Schulen, Jugend und Vereine gebildet worden. Zusätzlich bieten wir dem Jugendgemeinderat die Mitarbeit an.	10/40/65/81	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Die in der Gruppe erarbeiteten Vorschläge sollen dann mit den GR-Fraktionen besprochen werden.
Haushaltsrede der Freunde der Filderpiraten e.V.				
26. Es wird beantragt, dass öffentliche Einrichtungen wie Rathäuser, Schulen etc. an das Glasfasernetz angeschlossen werden.	An das städtische Glasfasernetz sind bereits folgende öffentliche Gebäude/Einrichtungen angeschlossen und miteinander verbunden: <ul style="list-style-type: none"> - Neuer Markt 1 und 3 - Rathaus Leinfelden - Rathaus Echterdingen - Städtischer Bauhof sowie - Zehntscheuer - Filderhalle Der Anschluss weiterer öffentlicher Gebäude ist vorgesehen. Die Realisierung ist allerdings von begleiteten Tiefbaumaßnahmen im Straßenraum abhängig.	10/65/81	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
27. Es wird beantragt, dass die Glasfasertechnologie auf Wohn- und Mischgebiete ausgeweitet wird. Die Stadtwerke sollen überprüfen, in welchen Wohn- und Mischgebieten heute schon Leerrohre liegen und wo es Interessenten gibt.	Für eine Ausweitung des Glasfasernetzes in Wohngebiete sind eine Eigenkapitalausstattung der Stadtwerke sowie ein ausreichender Personalbestand erforderlich. Bei Erschließung von Wohngebieten ist mit Anfangsverlusten zu rechnen. Dies wird in einem Vortrag im Gremium dargestellt.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
28. Es wird beantragt, den Stadtwerken 4 Mio. Euro als Zukunftsinvestition Glasfaser zur Verfügung zu stellen.	Vergleiche Antrag Nr. 27. Des Weiteren soll ein Vorschlag über das weitere strategische Vorgehen gemacht, und über die weitere Finanzierung entschieden werden. Im Jahr 2018 sind aufgrund der Vorlaufzeit die 4,0 Mio. Euro nicht notwendig.	20/81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
29. Es wird die Planung und Kostenermittlung für einen Steg von den Schelmenäckern auf den Neuen Markt beantragt	Die Möglichkeit der Einrichtung eines Steges vom Neuen Markt in das Gebiet Schelmenäcker wurde bereits von der Verwaltung geprüft und im Rahmen des Jahresberichtes des Sanierungsgebietes vorgetragen. Der Steg ist auf Grund der starken Höhenunterschiede und der erforderlichen Überwindung der Oberspannungsleitungen als steile Brücke zu planen und deswegen keine barrierefreie Verbindung.	32/61/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
30. Es wird die Wiederaufnahme der Nordspange in die Planung beantragt, damit nach Ende des Pachtvertrages „Schwabengarten“ sofort mit dem Bau begonnen werden kann.	Im Rahmen der Vorstudie zur Nord-Süd-Straße werden auch die verkehrlichen Auswirkungen auf den Ortsteil Unteraichen untersucht.	61/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
31. Es wird eine verkehrsberuhigte Zone in Leinfeldern für den Reuteweg, ab der Einfahrt des Wachtelweges bis zum Ende des Reutewegs beantragt.	Der Reuteweg ist nach der im Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption im Regelungsbereich der Zone 30 aufgenommen. Nachdem der Reuteweg mit einer unechten Einbahnstraße geregelt ist und eine Erschließungsfunktion über den Reuteweg hinaus hat, müsste geprüft werden, ob diese Aspekte der angestrebten Regelung eines verkehrsberuhigten Bereichs entgegenstehen. Des Weiteren müsste der Straßenraum umgestaltet werden, so dass sich dieser deutlich von den anderen Straßen in der Umgebung abhebt.	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
32. Es wird beantragt, den Wochenmarkt in Leinfeldern auf den Neuen Markt zu verlegen. Damit wäre auch der unterversorgte Südwesten von Leinfeldern näher an den Geschäften und am Wochenmarkt.	Die Verwaltung beabsichtigt im Jahr 2018 einen Prozess zur Neugestaltung des Neuen Marktes anzustoßen und schlägt vor, die Verlagerung des Wochenmarktes in die Prüfung mit einzubeziehen.	32	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
33. Es wird die Wiederaufnahme der Planung aus den Jahren 2002/2003 beantragt, am Bahnhof Leinfelden über den S-Bahngleisen unter Einbeziehung der Schallschutzwände auf dem P&R Parkplatz ein neues Rathaus Leinfelden zu planen, und dort z.B. das Ordnungsamt und weiteres unterzubringen. Als Ersatz für die P&R Parkplätze soll ein Parkhaus über den Schienen geplant werden.	Es gab niemals eine solche Planung. Die Planungen für ein zentrales Rathaus haben sich immer auf das Gelände neben dem Rathaus Leinfelden bezogen.	10/32/65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
34. Es wird beantragt, den 10-Minutentakt der U5 sofort mit der SSB auszuhandeln, damit Leinfelden und später auch Echterdingen im 10-Minutentakt erreicht werden.	Kompetente Vertreter der SSB werden in eine der nächsten Gemeinderats-sitzungen eingeladen und zum Thema informieren.	32	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
35. Es wird ein vergünstigtes Sozial-Ticket (1 Euro) zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb von Leinfelden-Echterdingen für alle Bürger die Wohngeld, Hartz IV oder sonstige monatliche Zuschüsse erhalten, beantragt. Diesen Antrag stellt auch „Die Linke“ im Kreistagshaushalt.	Bei der Bemessung des Warenkorbs für Sozialleistungen sind auch entsprechende Aufwendungen für den ÖPNV mit einkalkuliert. Darüber hinaus bietet die Stadt auf freiwilliger Basis für Stadtpassinhaber (Stadtpass A bzw. B) bis 15 Jahre alt, 12 bzw. 8 Fahrten (1 Zone) kostenlos an. Unabhängig vom Nutzerkreis wird derzeit in Herrenberg und Marbach ein „Stadtticket“ erprobt. Der Versuch wurde bis Ende 2017 verlängert. Differenz zu Normalpreis trägt die jeweilige Stadt. Die Verwaltung macht sich nach Ende der Pilotphase kundig, ob die Einführung eines „Stadttickets“ in Leinfelden-Echterdingen erfolgen könnte.	32	VKS	Im VKS am 22.11. bei 2 Enthaltungen zugestimmt.
II. Anträge, die finanziell keine Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2018 haben.				
Haushaltsrede der CDU-Fraktion				
36. Es wird beantragt, die Zielrichtung bei der Wirtschaftsförderung und beim Sozialdezernat dahingehend zu verändern, dass die kommunalen Projekte für „Arbeit zur Integration“ höchste Priorität haben	Siehe Antrag Nr. 1	02/50	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
37. Es wird beantragt, die eingebrachten Bürgerideen für die Verkehrsentslastung von Unteraichen zu prüfen und zu bewerten.	Die von den Bürgern eingebrachten Ideen für die Verkehrsentslastung von Unteraichen werden geprüft und bewertet. Im Rahmen der Vorstudie zur Nord-Süd-Straße werden auch die verkehrlichen Auswirkungen auf den Ortsteil Unteraichen untersucht. Ergebnisse werden voraussichtlich Anfang nächsten Jahres vorgestellt. (siehe hierzu auch 3.)	32/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
38. Es wird beantragt, die Mittel für den Lärminderungsfonds von 5,5 Mio. Euro, wie noch im kamerale Haushalt bis 2014, zur Grünraumgestaltung für den natürlichen Lärmschutz, auszuweisen.	Die für den Verkehrsentslastungs- und Lärminderungsfonds nachrichtlich reservierten Mittel sollen auch weiterhin für diesen Zweck verwendet werden.	20	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Die Mittel werden künftig im Vorbericht zum Haushaltsplan ausgewiesen.
Haushaltsrede der Freie Wähler Fraktion				
39. Es wird beantragt, eine jährliche Mitteilung an die Eltern von Kindergarten- und Schulkindern über die Höhe der jeweiligen Förderung des entsprechend genutzten Betreuungsplatzes für ihr Kind zu geben.	Die Verwaltung prüft ob eine Zeile auf den Kostenbescheiden eingefügt werden kann, die über den Kostendeckungsgrad von Elternbeiträgen allgemein und nicht individuell informiert, da die Kosten je Betreuungsplatz individuell sein können (z.B. Alter des Gebäudes, Höhe der Bewirtschaftungskosten). Dies ist auch durch die Einführung des NKHR mit vertretbarem Aufwand darzustellen.	20/40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
40. Es wird beantragt, jährlich eine Überprüfung der Betreuungsgebühren und Vorstellung im VKS mit ggf. notwendiger Anpassung der Gebührensätze vorzunehmen.	Es gibt bereits einen Grundsatzbeschluss des Gremiums, künftig die jährlichen Vorschläge von Gemeindegtag, Städtetag und kirchlichen Verbänden, den sogenannten jährlichen Landesrichtsatz umzusetzen.	20/40	VKS	Im VKS am 22.11. bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
41. Es wird beantragt, ab dem Jahr 2019 den Stellenplan vorausschauend und nicht rückwirkend in den Haushalt einzubringen. Eine unterjährige Neuschaffung von Stellen, die nicht vorher geplant waren, soll es nicht mehr geben. Darüber hinaus wird die Erstellung genauer Übersichten der Stellenbedarfe in allen Verwaltungsbereichen gefordert.	Der Stellenplan ist Teil des hoheitlichen Instruments des Gemeinderates, die Personal- und Finanzpolitik zu bestimmen und zu lenken. Deshalb muss sich die Verwaltung bei der Besetzung der dauerhaften Stellen auch an den Stellenplan halten und tut dies natürlich auch. Dennoch sollte und muss es möglich sein, unterjährig Anträge auf Veränderungen an den Gemeinderat zu richten. Ohne diese Möglichkeit hätte dies durchaus gravierende Auswirkungen auf die Bereiche, die im Laufe des Jahres aufgrund von Aufgabenzuwächsen nicht mehr in der Lage wären, diese Aufgaben ordnungsgemäß zu erledigen. Beispiele in der Vergangenheit sind dazu bekannt. Eine kategorische Ablehnung auf entsprechende Anträge unterjährig wären deshalb auch im Sinne einer Personalfürsorge nicht empfehlenswert und würde der Aufgabenerfüllung auch nicht gerecht. Auch personelle Verstärkungen in der Kinderbetreuung würden nicht möglich sein. Im Übrigen würden im Vorgriff eingebrachte Stellen die Anzahl der Stellen im Stellenplan erhöhen ohne, dass der exakte Stellenbedarf schon ermittelt wäre.	10	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Es wird ein halbjährlicher Bericht zum Thema Personalentwicklung im VKS erfolgen.
42. Es wird beantragt, die Terminsituation der Haushaltsplanung zu überprüfen, und ggf. die Verschiebung der Verabschiedung ins neue Jahr zur Verbesserung der Genauigkeit der Werte vorzunehmen.	§ 81 Abs. 2 GemO schreibt vor, dass die vom Gemeinderat beschlossene Haushaltssatzung der Rechtsaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen soll.	10/20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen				
43. Es wird beantragt, dem Gremium sowohl eine Zusammenstellung über die aufgelaufenen Überstunden in den Ämtern, den Stadtwerken und den angegliederten Gesellschaften wie Filderhalle und Vertriebsgesellschaft, als auch eine Aufstellung entsprechender Maßnahmen um diese gegebenenfalls zu reduzieren, vorzulegen.	Die Verwaltung wird die Thematik in einer der nächsten VKS-Sitzungen aufarbeiten.	10/81/FiHa	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
44. Es wird die Einführung eines Doppelhaushaltes ab dem Jahr 2019 beantragt.	Bis zum Wechsel der aktuellen Finanzsoftware im Jahr 2021 ist ein Doppelhaushalt technisch nur sehr schwer umzusetzen. Ab 2021 ist die Verwaltung hierfür jedoch offen.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
45. Es wird beantragt zu prüfen, in welchem Zeitraum sich Investitionskosten für LED-Flutlichtanlagen für die städtischen Sportplätze im Verhältnis zu den Betriebskosten unter Berücksichtigung öffentlicher Fördergelder amortisieren.	Im Stadtgebiet bestehen insgesamt 10 Flutlichtanlagen mit konventionellen Hochleistungs-Metaldampflampen. Die Stadtverwaltung wird die Machbarkeit einer Umrüstung der bestehenden Anlagen untersuchen sowie die Kosten, das Einsparpotential der Betriebs- und Energiekosten und die Amortisierung einer Umrüstung ermitteln. Ebenfalls wird geprüft, ob Fördermaßnahmen in Aussicht stehen. Nach derzeitigen Erfahrungswerten liegen die Kosten der Umrüstung einer Flutlichtanlage für eine Sportanlage auf LED-Flutlicht zwischen 75.000,00 Euro und 95.000,00 Euro. Das Ergebnis wird im technischen Ausschuss vorgestellt.	20/40/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
46. Es wird beantragt, für die Echterdinger Hauptstraße eine LKW-Durchfahrtsverbotszone einzurichten.	Eine entsprechende Anordnung ist nach heutigem Stand nicht aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung möglich. Eine Grundlage könnte der Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen sein, bei entsprechenden Messergebnissen und einer geeigneten Umleitungsstrecke. Der Vorschlag wird vor diesem Hintergrund geprüft.	32	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
47. Es wird um Auskunft gebeten, ob der von den Stadtwerken eingekaufte Ökostrom ein Gütesiegel trägt, bzw. welche Zertifizierung er hat.	Die Stadtwerke erfüllen beim Ökostrom bei HKN NEU 100 die Kriterien des OK-Powerlabels nach dem Händlermodell, sehen aber aus Kosten- und Zeitgründen von einer Zertifizierung ab. Eine Erläuterung erfolgt im Gremium.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
48. Es wird um Auskunft über die Bemühungen, EU-, Bundes- und Landeszuschüsse für den Breitbandausbau zu erlangen, gebeten.	Zurzeit wird im Bereich des nicht ländlichen Raumes nur die Planung von Backbone-Netzen gefördert. Diese Planung liegt bereits seit 5 Jahren vor und wird umgesetzt. Weitere Förderungen zu erhalten, ist zurzeit nicht möglich.	20/81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
49. Es wird um Auskunft über den Sachstand der geplanten Wohnbaugesellschaft gebeten.	Aufgrund der Personalsituation musste das Thema vorerst zurückgestellt werden. Es ist geplant, in Zusammenarbeit mit Amt 20 die Aufwendungen und Erträge für die Wohnungswirtschaft gesondert im NKHR im Vorgriff auf die Gründung eines Eigenbetriebs darzustellen.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Der Bericht soll im II. Quartal 2018 erfolgen.

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
50. Es wird beantragt, ein neues Konzept zur Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen zu entwickeln. Auf den Prüfstand muss der Umgang mit Anwohner- und Besucherparkausweisen. Dabei sollen abgasarme Autos kostenfrei auf allen gebührenpflichtigen und für Anwohner reservierten Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum parken. Voraussetzung ist, dass die Autos die Anforderungen des Elektromobilitätsgesetzes erfüllen und mit einem E-Kennzeichen ausgestattet sind.	Im Rahmen des Mobilitätskonzepts hat die Verwaltung eine Studie zum Parkraumkonzept in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse werden für Anfang kommenden Jahres erwartet. Die angeführten Aspekte der Parkausweise und abgasarmen Fahrzeuge werden in die Studie aufgenommen.	32/81	TA/SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
51. Es wird beantragt, den Wegeplan für radfahrende SchülerInnen mit Hilfe des neuen Radschulwegplaners Baden-Württemberg, zu überarbeiten.	Die Radwegepläne für die Schülerinnen und Schüler sind ohnehin zu überarbeiten. Die Verwaltung prüft, ob der „Radschulwegplaner Baden-Württemberg“ dazu ein geeignetes Hilfsinstrument sein kann.	40/66	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
52. Es wird beantragt zu überprüfen, wie das neue Car-Sharing Gesetz, das am 01.09.2017 in Kraft getreten ist, in unserer Stadt umgesetzt werden kann.	Vgl. Antrag Nr. 50. Auch die Neuheiten des Carsharinggesetz – CsgG werden in das Parkraumkonzept aufgenommen.	32/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
53. Es wird beantragt zu überprüfen, ob sich das bereits angebotene VVS Hotel Ticket auch für Hotelgäste in Leinfelden-Echterdingen lohnt, bzw. ob das Angebot dazu beitragen könnte, Autoverkehr in und um die Stadt herum zu vermeiden.	Das VVS-Ticket wird im Rahmen der Hotelzimmerbuchungen angeboten, die über das Buchungssystem von Stuttgart-Tourist gebucht werden. Ein großer Teil der Hotels in Leinfelden-Echterdingen sind dort bereits heute incl. VVS-Ticket buchbar.	01/02/32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
54. Es wird beantragt zu überprüfen, wie hoch die Kosten für einen Beitritt der Stadt zur Tarifzone 20 des VVS sind.	Gespräche mit dem Verband Region Stuttgart und dem VVS werden aufgenommen.	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
Haushaltsrede der SPD-Fraktion				
55. Es wird beantragt, an der „Lammkreuzung“ Schilder mit der Aufschrift „Bei Rot bitte Motor abstellen“ anzubringen.	Um den Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge zu reduzieren, erscheint es zunächst sinnvoll, den Motor während der Wartezeiten an einer roten Ampel auszuschalten. Dies kommt jedoch auf die Zeit an, wie lange der Motor abgestellt werden kann. Es gibt Lichtsignalanlage, welche die verbleibende Zeit anzeigen. Des Weiteren sind moderne KFZ mit einem sogenannten Start/Stop Automatik ausgerüstet, die den Motor immer abstellt, sobald das KFZ anhält. Allerdings wird die gesamte Thematik kontrovers diskutiert, da durch das Neustarten oft ein erhöhter Kraftstoffverbrauch entsteht.	32	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Es wird überprüft, ob eine Ampel mit Zeitanzeige möglich ist.
56. Es wird beantragt zu überprüfen, ob an der „Lammkreuzung“ eine längere Grünphase für die Linksabbieger, bei gleichzeitigem Rot für den Gegenverkehr, zu einem besseren Verkehrsfluss führt und den Rückstau Richtung Friedhofskreisel so reduziert werden kann.	Durch den Austausch der defekten, veralteten Signalsteuerung gegen ein leistungsfähigeres Steuergerät im November 2017 ist es nun möglich, die Phasenpläne und Umlaufzeiten neu zu konzipieren. Amt 66 wird ein Ingenieurbüro hierzu beauftragen und im TA berichten.	32/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
57. Es wird beantragt, aus Lärmschutzgründen auf eine dauerhafte Geschwindigkeitsreduzierung auf der B27 zwischen Echterdinger Ei und der Überdeckelung hinzuwirken.	<p>Eine Geschwindigkeitsbeschränkung aus Gründen des Lärmschutzes wäre nur anzuordnen, wenn die hierfür erforderlichen Lärmwerte von der LUS festgestellt wurden. Sodann ist eine Ermessensentscheidung zu treffen, ob nach Abwägung eine Geschwindigkeitsbeschränkung anzuordnen ist. Die Zustimmung des RP Stuttgart ist erforderlich.</p> <p>Eine Geschwindigkeitsbeschränkung in Richtung Tübingen vor dem Zeppelin-Tunnel wird derzeit im Rahmen der Beseitigung einer Unfallhäufungsstelle geprüft, dies aus Gründen der Sicherheit anzuordnen.</p>	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
58. Es wird beantragt, die einzelnen Kosten des Mobilitätskonzepts (1,7 Mio. Euro abzgl. 0,5 Mio. Euro Zuschuss) darzustellen. Darüber hinaus soll ein Bericht über die Akzeptanz der Fahrradeinstellboxen sowie über den Bau von Mobilitätspunkten im TA vorgestellt werden. Zusätzliche teure Wettbewerbe sollten vermieden werden.	Die Anmeldungen der Mittel für das Mobilitätskonzept gliedern sich in 2 Positionen auf. Zum einen sind für die Jahre 2017 bis 2020 jeweils 250.000,00 € für Baumaßnahmen vorgesehen. Es ist dem GR bereits zugesagt, dass hierfür jährliche Maßnahmenlisten vorgelegt werden. Zum anderen ist ein Betrag in Höhe von 765.000,00 € (Förderung = 535.000,00 €) für die Planung und Herstellung von Mobilitätspunkten vorgesehen. Die Vorbereitung eines Wettbewerbs zu den Mobilitätspunkten wurde im TA 12.09.2017 Vorlage Nr. 162/2017 beschlossen. Der Beschluss zur Durchführung des Wettbewerbs ist für den TA im Januar 2018 geplant. Die Kosten werden dann dargestellt. Nach Angaben der Stadtwerke sind die im Stadtgebiet aufgestellten Fahrradboxen zurzeit zu ca. 60% (in Leinfeldern sogar zu 100 %) belegt.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
59. Es wird beantragt, eine Diskussion über die Standards bei Straßensanierungen zu führen.	Vergleiche Antrag Nr. 31. Ein wie im TA 10.10.2017 vorgestelltes Verkehrsentwicklungsmodell zur Kategorisierung von Straßen am Beispiel Unteraichen soll auch für die anderen Ortsteile erarbeitet werden. Erst dann kann festgestellt werden, welche Straßen wie kategorisiert und nach welchem Standard ausgebaut werden. Die Verwaltung wird eine entsprechende Sitzungsvorlage vorbereiten.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
60. Es wird um Auskunft gebeten, wofür die Mittel für „Investitionen Radarfahrzeuge / stationäre Anlagen“ (S. 187) eingeplant sind.	Die heute eingesetzten stationären Messanlagen wurden vom Hersteller abgekündigt. Eine Unterstützung ist dann nicht mehr gewährleistet. Austausch alter Messanlagen erforderlich. Zus. je 1 Messanlage für die OD Echtdingen und Stetten.	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
61. Es wird um Auskunft gebeten, ob der Ansatz von 2,2 Mio. Euro für die Sanierung der Schönbuchschule ausreichend ist, bzw. was damit saniert werden kann und was dann noch zu tun ist.	Der Ansatz von 2.2 Mio. ist für die ersten Sanierungsschritte der Schule angesetzt und beinhaltet den Austausch der dezentralen Nachtspeicherheizung durch eine zentrale Warmwasserheizung, verbunden mit dem Austausch der Fenster und einer Innensanierung der Schulräume. Weiter Schritte wie Sanierung bzw. Dämmung der Fassade und Dachflächen sind in den Folgejahren vorgesehen.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Im Rahmen der Schulsanierung wird nochmals im TA darüber berichtet, und die Gesamtkosten dargestellt.
62. Es wird um Auskunft gebeten, wofür der Zuschuss in Höhe von 350.000 Euro für Schulträgeraufgaben (S. 220) eingeplant ist.	Die Verwaltung hat den aktuell zwischen Städtetag und Land diskutierten Ansatz von 100 Euro pro Schüler für Digitalisierung (Ausstattung der Schulen) bezogen auf die Schülerzahl Leinfelden-Echterdingens aufgenommen.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
63. Es wird um Auskunft gebeten, welche Art von Förderung an die Kirchengemeinden geleistet wird (S. 261).	Über das Sachkonto 29 10 00 00 00 10000 4318000 (Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke) erfolgt die Beteiligung der Stadt an die Kirchengemeinden für die Wartung und Unterhaltung der Glocken und Uhren. Zusätzlich wird hier der städt. Anteil am Gemeindezentrum Oberai-chen verbucht.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
64. Es wird um Auskunft gebeten, wofür der Ansatz in Höhe von 40.000 Euro für das Liegenschafts- und Gebäudemanagement (S. 352) eingeplant ist.	Der Ansatz ist für die Beschaffung von weiteren Modulen der Software vorgesehen. Wie Verwaltung von Wartung- und Instandsetzungsmaßnahmen (Betreiberverantwortung); Vermietungsmanagement; Schnittstelle zum Finanzwesen einschl. notwendiger Schulungs- und Einführungstage als Dienstleistung.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
65. Es wird um Auskunft gebeten, wer die Projektleitung und –überwachung für das Projekt Neubau/Sanierung Hallenbad Leinfelden übernehmen soll.	Wird durch die neu besetzte Stelle in der Abt. Hochbau übernommen. Arbeitsbeginn voraussichtlich April 2018.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
66. Es wird um Auskunft gebeten, mit welcher Vorlage der Beschluss für die Außensportanlage Goldäcker gefasst wurde.	Nach Erwerb des „Sperrgrundstück“ im Bereich des Sportparks Goldäcker wurde eine Planungsrate für mögliche Entwicklungen eingestellt.	65/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
67. Es wird um Auskunft über die Kostensteigerungen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gebeten.	Tarifliche Kostensteigerungen im Bereich der Personalkosten und Rückführung der Sachkosten auf das reguläre, im vergangenen Jahr um 10 Tsd. EUR (Haushaltsantrag der FW) reduzierte Jahresbudget.	01	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
68. Es wird um Auskunft über die Kostensteigerungen bei der Wirtschaftsförderung gebeten.	Die Kostensteigerung in den ungeraden Jahren resultiert aus der Veranstaltung der Berufsinformesse „Börse deiner Zukunft“. Hierfür sind jeweils Mittel von 18.000 Euro (in 2017) bzw. 20.000 Euro in den Jahren 2019, 2021 veranschlagt. Davon werden rund 50 % für Miete und Equipment der Filderhalle benötigt. Die weiteren Mittel werden vorrangig für Öffentlichkeitsarbeit (Agentur) veranschlagt.	02	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
69. Es wird um Auskunft über die relativ geringe Kostensteigerung beim Einwohnerwesen gebeten.	Die Mittelanmeldung basiert auf der kontinuierlich steigenden Kostenentwicklung der Vorjahre	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
70. Es wird um Auskunft gebeten, welcher Mehraufwand an Personal und Kosten aufgrund des neuen ab 01.11.2017 gültigen Meldegesetzes für Prostituierte gerechnet werden muss und ob es hierzu Zuschüsse von Land/Bund bzw. eine Initiative des Städtetages gibt.	Die Zuständigkeit für Anmeldung und Beratung liegt beim LRA ES, Leinfelden-Echterdingen ist wie bisher für die Genehmigung, Überwachung und Kontrolle der Betriebe zuständig. Derzeit ist für die Verwaltung kein Mehraufwand erkennbar.	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
71. Es wird beantragt zu überprüfen, ob das Repair CaféLE im internationalen Repaircafe Verzeichnis aufgenommen werden kann.	Das RepaircaféLE plant eine Aufnahme in das Verzeichnis der internationalen Internetseite der Repaircafés. Einer der Ehrenamtlichen ist für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit zuständig, er hat das Thema bereits auf seiner Agenda und wird sich zeitnah darum kümmern.	50	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
72. Es wird beantragt, zur Vermeidung von Terminkollisionen die Terminabsprachen zu verbessern.	Durch die Vielfalt der Aufgaben und die Anzahl der Termine sind Terminkollisionen nicht ganz auszuschließen. Durch die Aufnahme von Sitzungsterminen und weiteren städtischen Terminen mit Beteiligung von GR Mitgliedern in den neuen ALLRIS-Sitzungskalender 2018 und einer Abstimmung in der wöchentlichen BM-Runde wird versucht, Terminkollisionen weitestgehend zu vermeiden. Hierfür ist es wichtig, dass solche Termine von allen Organisationseinheiten der Geschäftsstelle gemeldet werden und der Kalender beachtet wird.	10	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
73. Es wird beantragt, Stellenausschreibungen zusammen zu fassen. Hierdurch sollen Kosten eingespart, und gleichzeitig durch größere Anzeigen mehr Aufmerksamkeit erzeugt werden.	Die Ausschreibungstexte werden bereits - wenn es zeitlich für eine Ausgabe möglich ist und sinnvoll erscheint- zusammengefasst, meist ämterbezogen oder dezernatsbezogen. Hierbei muss auf die unterschiedlichen Zielgruppen geachtet werden. Aufgrund der unterschiedlichen Veröffentlichungen in verschiedenen Medien und Abgabefristen kann dies oft nur bedingt koordiniert werden. Online müssen die Anzeigen ohnehin einzeln aufgegeben werden, dies ist technisch nicht anders möglich und auch nicht sinnvoll. In den genannten Fällen führen einzelne Stellenausschreibungen dann zu Mehrkosten. Gemeinsam mit den Fachämtern wird festgelegt, wo, wie, in welchen Medien, mit welcher Häufigkeit und Größe veröffentlicht wird. Ziel dabei ist natürlich möglichst zielgruppengerecht auszuschreiben.	10	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
74. Es wird beantragt, dass der Ökostrommix der Stadtwerke entweder selbst produziert, oder aus Quellen stammen soll, die in den Ausbau erneuerbarer Energiequellen investieren.	Vergleiche Antrag Nr. 47.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
75. Es wird beantragt, den Gewinn aus dem Verkauf des Ökostroms in LE für den Ausbau regenerativer Energiequellen in Le einzusetzen.	Vergleiche Antrag Nr. 47.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
76. Es wird beantragt, dass die Stadtwerke die Bereitstellung von Ladestationen für die E-Mobilität als weiteres Geschäftsfeld prüfen.	Im ersten Quartal 2018 werden 3 Elektrotankstellen aufgestellt. Es gibt zurzeit jedoch kein Geschäftsmodell für Elektrotankstellen im öffentlichen Raum das gewinnorientiert arbeitet. Die Stadtwerke sehen sich hier in der gesellschaftlichen Verantwortung und wollen gleichzeitig zur Förderung des Einzelhandels beitragen.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
Haushaltsrede der Fraktion LE Bürger/FDP				
77. Es wird beantragt, künftig den Haushalt erst nach der Einbringung des Kreishaushaltes einzubringen.	Siehe Antrag FW Nr. 42.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
78. Es wird Auskunft darüber beantragt, wie im regulären HH-Plan Ermächtigungsüberträge gebucht werden.	Die Verwaltung wird hierzu eine Vorlage erstellen, die die Vorgehensweise erläutert.	20	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
79. Es wird beantragt, die Ermächtigungsüberträge in die einzelnen Jahre aufzuteilen und darzustellen, für was sie getätigt wurden. Mit dem Haushalt soll eine jährliche Übersicht der jeweiligen Ermächtigungsüberträge erstellt werden, die die Überträge, die Projekte sowie deren jährlichen Stand enthält.	Es ist vorgesehen, dass im Zuge der Information über das vorläufige Rechnungsergebnis des Vorjahres, jeweils auch über die zu bildenden Ermächtigungsüberträge im VKS/Gemeinderat informiert wird. Diese Information erfolgt im I. Quartal des Folgejahres.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
80. Es wird beantragt, die Sanierung und Instandhaltung der Schulgebäude und Kindergärten im Bauamt grundsätzlich zu priorisieren.	Im Bereich der Unterhaltungsmaßnahmen erfolgt eine Priorisierung auf Schulen und Kindergärten. Siehe ebenso Anträge Nr. 10 und Nr. 19.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
81. Es wird die Entwicklung einer Strategie zur Bürgerbeteiligung im Hinblick auf die Information und Animation von Bürgern bei der Entwicklung des Stadtteils Stetten als Blaupause für weitere Projekte beantragt.	Die Verwaltung hat im Jahr 2016 mit der Reihe „LE im Dialog“ und mehreren erfolgreichen Veranstaltungen begonnen und wähnt sich hier auf dem richtigen Weg.	10	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Die Verwaltung wird sich Gedanken über weitere Verbesserungsmöglichkeiten machen.
82. Es wird um Auskunft gebeten, warum im Haushalt der Stadtwerke die dargestellten notwendigen Investitionen nicht abgearbeitet werden können.	Um die Belastung der Anwohner zu minimieren sprechen sich die Stadtwerke mit Leitungsträgern und dem Tiefbauamt der Stadt bei der Durchführung von Baumaßnahmen ab. Beispiele hierfür sind der Bereich Schelmenäcker und Jakobsbrunnen, wo die Maßnahmen mit privaten bzw. städtischen Partnern durchgeführt werden. Hier ist es nicht sinnvoll und teurer, wenn die Stadtwerke alleine bauen. Bei Verschiebungen durch andere Beteiligte verschieben sich auch die Maßnahmen der Stadtwerke. Maßnahmen die ohne Beteiligung durchgeführt werden, wie z.B. die Inlinersanierungen bzw. Wasserleitungssanierungen werden zu einem sehr hohen Prozentsatz durchgeführt. Das Jahr 2017 ist eine Ausnahme. In diesem Jahr sind auch durch fehlendes Personal Maßnahmen nicht umgesetzt worden.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
83. Es wird um Auskunft gebeten, warum im Bereich der Investitionen bei den Glasfasernetzen die Summen deutlich gestiegen sind, die Erlöse in diesem Bereich jedoch vergleichsweise konstant bleiben.	Die Erlöse im Bereich des Eigenbetriebes sind jedes Jahr deutlich gestiegen, ebenso in der Vertriebsgesellschaft.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
84. Es wird um Auskunft gebeten, wie der Ausbau des Glasfasernetzes in LE erfolgt. Wann und unter welchen Voraussetzungen erfolgt das Verlegen der Leerrohre und das „Einschießen“ der Glasfaser?	All diese Fragen werden im Rahmen der Berichterstattung aufgegriffen und beantwortet.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
85. Es wird um Auskunft gebeten, inwieweit sich die Steigerungen der Umsätze beim Stromverkauf der Vertriebs-GmbH auf zunehmende Kundenzahlen zurückzuführen ist und inwieweit diese auf steigenden Stromkosten basiert und wie die Vertriebs-GmbH ihre künftige Marktposition im Strombereich (ohne die Stadt als Kunden zu berücksichtigen) sieht.	Seit die Stadtwerke am Markt agieren haben sie sowohl im Strom als auch im Gas einen steigenden Absatz im nichtstädtischen Bereich. Dies wird im Gremium dargestellt.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
86. Es wird um Auskunft gebeten, warum im Bereich des Stromvertriebs die Ergebnisplanzahlen für das Jahr 2018 unter die Ansätze für 2017 und 2016 korrigiert werden müssen.	Die Stadt gibt erhebliche Summen aus, um die Straßenbeleuchtung von konventionellen Leuchtmitteln auf LED umzustellen. Dies führt zu einer erheblichen Einsparung des städtischen Verbrauchs. Trotz des gesunkenen Verkaufs unterstützen die Stadtwerke selbstverständlich diese Maßnahme.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
87. Es wird um Auskunft gebeten, wo die Kosten für die Sanierung/Neubau der Kreuzung Hauptstraße/Dieselstraße in Echterdingen enthalten sind.	Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Teilhaushalt 03 unter der Investitionsmaßnahme Gemeindestraße I 54106275, Hauptstraße Echterdingen in 2018 (400.000,00 € und VE 400.000,00 €) und 2019 (400.000,00 €) eingestellt. Der 1. Bauabschnitt des Ausbaus der Dieselstraße ist unter der Maßnahme I54106189 für 2017 mit 300.000,00 € und 2018 mit einer Restsumme in Höhe von 45.000,00 € eingestellt.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
88. Es wird um Auskunft gebeten, wie der Stand der Homeoffice-Plätze in der Stadt ist. Wie viele existieren und gibt es eine grundsätzliche Regelung der Stadt, wann solche Homeofficearbeitsplätze ermöglicht werden.	Derzeit existieren zwei Homeoffice-Plätze innerhalb der Verwaltung als Pilotprojekte. Interne Regelungen über die Telearbeit im Pilotprojekt sind erarbeitet. Die konkreten Inhalte bzw. Veränderungen für eine endgültige Dienstvereinbarung, die für Anfang 2018 vorgesehen ist, sind erarbeitet, jedoch noch nicht vollends zwischen Personalverwaltung, Verwaltungsführung und Personalrat abgestimmt.	10	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
Haushaltsrede der Freunde der Filderpiraten e.V.				
89. Es wird beantragt, dass bei einer Differenz des Haushaltsetats von 5 Mio. Euro nach oben oder nach unten der Gemeinderat sofort informiert wird, damit mit einer kurzfristig angesetzten Klausurtagung (innerhalb von 2 Monaten) weitere Entwicklungen beschlossen werden können.	Bei gravierenden Abweichungen sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite wird das Gremium gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Entwicklung umgehend informiert. So wurde beispielsweise im Jahr 2015 mit einer Haushaltssperre reagiert als klar war, dass die Konzessionsabgabe nicht in der geplanten Höhe eingehen wird.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
90. Es wird beantragt, die Untergremien und Unterausschüsse auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen, wenn diese weniger als ein Mal im Jahr tagen. Es ist zu prüfen, ob diese Gremien aufgelöst oder ggf. deren Aufgaben auf beschließende Ausschüsse verlagert werden können.	Die Gremienbesetzung erfolgte bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats am 08.07.2014 einstimmig. Dabei wurden auch die beratenden Gremien und Arbeitsgruppen für notwendig erachtet. Sofern der Beratungsbedarf eines Gremiums geringer ist oder zeitweise ausgesetzt ist, so fallen auch keine Sitzungen an. Über eine mögliche Abschaffung bzw. Neufestsetzung von Gremien könnte im Zusammenhang mit der nächsten Wahl des Gemeinderats grundsätzlich nachgedacht werden. Eine reine Verlagerung weiterhin existenter Themen in beschließende Ausschüsse erscheint dabei in einigen Fällen auch nicht empfehlenswert, da nicht alle komplexe Fragestellungen ausführlich in beschließenden Ausschüssen im Sinne einer effizienten Sitzungsökonomie behandelt werden können.	10	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
91. Es wird beantragt, zur Verbesserung der Nahversorgung folgende Sanierungsgebiete in dieser Reihenfolge auszuweisen: Oberaichen, Leinfelden-Süd-West, nordwestlicher Teil von Musberg	Derzeit gibt es zwei Sanierungsgebiete in LE, in Leinfelden und Echterdingen. In Musberg und Stetten ist geplant 2018 eine städtebauliche Sanierung zu prüfen. In Oberaichen und Leinfelden Süd-West wird von Amt 61 derzeit kein akuter Sanierungsbedarf im Rahmen eines förmlich festgelegten Sanierungsgebietes gesehen. Dies bedeutet nicht, dass diese Bereiche nicht planerisch begleitet werden.	61	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
92. Es wird beantragt, dass die Ergebnisse des Mobilitätspakets – 50, 40, 30 oder verkehrsberuhigte Zone – stadtwweit umgesetzt werden.	Falls damit das vorgestellte Verkehrsentwicklungsmodell zur Kategorisierung von Straßen am Beispiel Unteraichen gemeint sein sollte, wird auf Antwort 31 und 59 verwiesen. Das Verkehrskonzept „Verkehrsberuhigung in Wohngebieten“ würde hierdurch ersetzt bzw. weiterentwickelt.	32	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
Weitere Anträge zum Haushaltsplan 2018				
Weitere Anträge der CDU-Fraktion				
93. Es wird beantragt, das Einnahmeziel für den Verkaufserlös des Rathauses Musberg auf das Jahr 2021 vorzuziehen. (lfd. Nr. 13)	Die nachträglich von der CDU und SPD-Fraktion gestellten Anträge werden in den Sitzungen des TA am 05.12.2017 bzw. des VKS am 12.12.2017 vorberaten. Die Beschlussvorschläge werden in der Gemeinderatssitzung am 12.12.2017 in der Sitzung mündlich ergänzt. Ein Verkauf des Rathauses Musberg kann erst in Angriff genommen werden, sobald für die bisherigen Nutzer (VHS, Kindergarten, Archiv) eine andere Unterbringung gefunden ist.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
94. Es wird beantragt, bei der Bezeichnung die Festlegung für den Neubau Haldenareal zu streichen. (lfd. Nr. 22)	Kann so umgesetzt werden.	20/65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
95. Es wird beantragt, die Investitionen von 2 Mio. Euro für das Jahr 2018 zu streichen. (lfd. Nr. 56)	Diese Änderung ist bereits in die Änderungsliste aufgenommen worden.	20/65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
96. Bei der Maßnahme I 54100005 soll die Bezeichnung von „MOBI-Punkte“ auf „MOBI- und I-Punkte“ geändert werden. (lfd. Nr. 124, 125)	Die Bezeichnung kann aufgrund der Förderbestimmungen des Landes nicht geändert werden.	20/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
97. Es wird um Überprüfung der Höhe des Investitionszuschusses für den Radwegebau gebeten. (lfd. Nr. 127)	Der bewilligte vorläufige Zuwendungsbescheid für die Radwegeverbindung Meisenweg - Fasanenweg vom RP-Stuttgart (Schreiben vom 04.09.2017) beläuft sich auf eine Förderung von 62.500,00 €. Die Kosten für den Radweg liegen bei ca.150.000,00 €. Weitere Kostenträger sind die Stadtwerke mit ca. 46.000 Euro. Dies wird über die Haushaltsstelle „Maßnahmen Mobilitätskonzept“ finanziert.	20/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
98. Es wird beantragt, die 50.000 Euro für den Radwegebau von 2018 auf 2019 zu verschieben. (lfd. Nr. 128)	Die Finanzmittel werden benötigt. Die Verwaltung wird in einem der nächsten TA-Sitzungen über die Maßnahmen informieren.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
99. Es wird beantragt, die 200.000 Euro für die Hohenheimer Straße auf 2018 vorzuziehen. In der Bemerkung soll die Festlegung „Lichtsignalanlage“ gestrichen, und durch „neue Verkehrsführung“ ersetzt werden. (lfd. Nr. 137)	Die Gesamtkosten für den Umbau der Knotenpunkte Hohenheimer Straße waren in 2017 in Höhe von 200.000,00 € angemeldet. Eine Umsetzung war wegen der kontroversen Diskussionen noch nicht möglich. Die noch vorhandenen Finanzmittel müssen, wenn gewollt, nach 2018 übertragen werden.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
100. Es wird beantragt, bei der Baumaßnahme Max-Lang-Straße die Kosten für die Lichtsignalanlage und den Radweg separat auszuweisen. (lfd. Nr. 139)	Die Kosten der Baumaßnahme betragen gem. Kostenberechnung bei ca. 510.000,00 €. Die Berechnung kann auf die Anteile: - Fahrbahn und Parkierung: ca. 335.000 € - Geh- und Radweg: ca. 70.000 € - Lichtsignalanlage: ca. 75.000 € Ingenieurleistungen: ca. 33.000,00 € gem. der Kostenberechnung durch das Ingenieurbüro ausgewiesen werden.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
101. Es wird beantragt, für den Bau der Nord-Süd-Straße die Mittel während des Planfeststellungsverfahrens im Jahr 2019 um 10.000 Euro zu erhöhen und für die Realisierung 2,5 Mio. Euro ins Jahr 2020 vorzuziehen. (lfd. Nr. 140)	Weiterer Ablauf für die Realisierung der Osttangente: 2018 Vorstellung der Vorstudie und Beschluss über das weitere Vorgehen EU-weite Ausschreibungen für die Planungsleistungen 2019/2020 Entwurfs- und Ausführungsplanungen, erforderliche Gutachten und Grunderwerb 2020/2021 Planfeststellungsverfahren und anschließend Baubeginn.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
102. Es wird beantragt, Investitionsmittel in Höhe von 50.000 Euro für das Rathaus Stetten ins Jahr 2018 vorzuziehen. (lfd. Nr. 172)	Nach derzeitigem Stand der Projektplanungen in der Abteilung Hochbau kann nicht vor 2019 mit der Verausgabung der Mittel gerechnet werden.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
Weitere Anträge der SPD-Fraktion				
103. Es wird beantragt, den sozialen Wohnungsbau in Gang zu bringen.	Als erstes Projekt im Bereich Sozialer Wohnungsbau wurde das Bauprojekt Stuttgarter Str. gestartet. Durch die Einsprüche der Anlieger wird die Baugenehmigung durch das Regierungspräsidium bearbeitet. Mit einer Genehmigung ist erst Anfang 2018 zu rechnen. Nach erteilter Genehmigung kann mit den Ausschreibungen begonnen werden. Weiter werden für den sozialen Wohnungsbau Belegungsrechte in der Lilienthalstraße 10, Höhenstaufenstraße 6 sowie in den Schelmenäckern gesichert. Außerdem ist auf dem städtischen Grundstück in der Jakobstraße sozialer Wohnungsbau vorgesehen.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
104. Es wird eine offene Diskussion über die Leistungsfähigkeit, die Führungs- und Controllingmechanismen im Baudezernat zu führen. Dies vor dem Hintergrund, dass auch im Jahr 2017 nicht alle Baumaßnahmen wie geplant umgesetzt werden konnten.	Das Jahr 2017 war im Amt 65 durch Personalwechsel bzw. Ausscheiden in der Führungsebene (Amtsleitung und Abteilungsleitungen) gezeichnet. Die Stellen sind in der Zwischenzeit besetzt. Aus diesen Gründen konnten die geplanten Baumaßnahmen nicht im vollen Umfang umgesetzt werden. Die laufenden Baumaßnahmen sind durch die derzeitige Lage auf den Baumarkt weitaus zeitaufwändiger als Bauprojekte in der Vergangenheit. Selbst bei vollem Personalbesatz wäre die Vielzahl der Projekte und Aufträge nicht vollständig abzuarbeiten gewesen. Über die gegebene Situation im Hoch- und Tiefbau wurde regelmäßig im TA berichtet.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
105. Es wird beantragt, sämtliche Ermächtigungsüberträge in Ihrer Höhe darzustellen mit Begründung, warum diese Mittel nicht abgeflossen sind und ggf. der daraus entstehenden Folgen auf die Arbeitsbelastung und der sich daraus ergebenden neuen Verschiebungen laufender oder noch nicht begonnener Projekte.	Das Finanzverwaltungsamt wird zur Höhe der in 2017 zu bildenden Ermächtigungsüberträge im I. Quartal 2018 eine Vorlage erstellen, und dabei auch nochmals die Funktionsweise von Ermächtigungsüberträgen erläutern.	20/65	TA/VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Es wird darüber hiaus zugesagt, 2 x jährlich einen Bericht über den Stand der Projekte zu geben.

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
106. Es wird eine erneute Diskussion darüber beantragt, in welche Richtung sich die Stadt Leinfelden-Echterdingen entwickelt. Dabei soll es darum gehen, wie die Zukunft aussehen soll, und welche Infrastruktur wird dafür benötigt. Dies alles soll vor dem Hintergrund betrachtet werden, was wir uns leisten wollen, und was wir uns leisten können. Es sollen Leitlinien für die kommenden Jahre entwickelt, und über die Standards der Investitionen gesprochen werden.	Das Thema der koordinierten und integrierten Stadtentwicklung findet derzeit auf der Grundlage des aktuellen FNP 2020 statt. Es zeigt sich, dass die dort verankerten Maßnahmen insbesondere die verkehrlichen Infrastrukturprojekte und die Siedlungsentwicklung aufeinander abgestimmt sind. Die starke wirtschaftliche Dynamik, die Verlagerung von Arbeitsplätzen auf die Filderplatte, die Schaffung der Drehscheibe Filder (S21), die IBA 2027 und der kommende Strukturwandel haben bereits auf regionaler und interkommunaler (KAF) Ebene zu Planungsaktivitäten geführt (TrUF). LE steht im Zentrum aller projizierten Entwicklungen und übernimmt auf den Fildern eine planerische Führungsaufgabe. Es bleibt also, zu beobachten, ob eine Anpassung unter Weiterführung planerischer gesamtstädtischer Überlegungen nötig sind. Spätestens aber 2020.	61	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. OB Klenk sagt zu, dass Thema intern vorzubereiten und dann evtl. im Rahmen einer Klausurtagung zu beraten.
107. Es wird zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart beim Bau einer leistungsfähigeren Nord-Süd-Straße auf der Markung Stuttgart mit ggf. einem direkten Anschluss an die A8 beantragt. Wir sind bei den größeren Verkehrsprojekten auf die Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart und bei der Finanzierung auf Mittel von Bund und Land angewiesen.	Ein Termin mit dem Regierungspräsidium steht in Aussicht.	Dez. 3	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. OB Klenk sagt eine Information über den Ausgang der Gespräche im Gremium zu.
108. Es wird die zügige Durchführung der beschlossenen Baulandkonzeption gefordert.	Die Baulandkonzeption ist bereits angelaufen und die Eigentümer sind inzwischen über die Ankaufpreise informiert worden. Die Bereitschaft der Eigentümer zum Verkauf der Grundstücke bestimmt die Zügigkeit der Durchführung.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
109. Es wird ein langfristiges Programm zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gefordert.	Das Planungsamt koordiniert eine Projektgruppe Wohnbau. Es ist das Ziel, klare Vorgaben zu formulieren zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. In eine der kommenden Sitzungen des Technischen Ausschusses sollen diese Ziel vorberaten und danach formal beschlossen werden.	61/65	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
110. Es wird gefordert die Schulgebäudesanierung anzugehen, bevor die Schäden größer werden.	In den vergangenen zwei Jahren sind in mehreren Schulen zahlreiche Sanierungsmaßnahmen umgesetzt worden. Nach Besetzung der freien Stellen und Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann das Projekt wie schon dargestellt fortgeführt werden (siehe bisherige HH Reden).	65	TA/VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
111. Es wird eine Digitalisierungsinitiative für alle Schularten gefordert.	Ist begonnen, siehe bisherige HH reden und Antworten der Verwaltung.	65	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
112. Es wird eine kompetentere Sitzungsleitung mit Zeitmanagement gefordert.	Der Erfolg der Sitzungsleitung hängt wesentlich von der Disziplin aller an der Sitzung Beteiligter ab.	10	VKS/TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
113. Es wird eine bessere Abstimmung innerhalb der Dezernate gefordert. Als Beispiel soll die Diskussion über die Anschlussunterbringung auf dem Renault-Gelände dienen.	Eine gute Abstimmung gehört zu den wichtigen Voraussetzungen einer funktionierenden Verwaltung. Die Abstimmung zwischen den Dezernaten erfolgt regelmäßig und problemlos. In Einzelfällen kann es zu einem anderen Ergebnis kommen. Das hält sich jedoch nach Auffassung der Verwaltungsführung für eine Verwaltung dieser Größe im normalen Rahmen.		TA/VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
114. Es wird eine Diskussion darüber gefordert, ob der Gemeinderat nicht laufend die Steuerung der Handlungsfelder ausüben sollte.	Die geforderte Diskussion ist eine originäre Aufgabe des Gemeinderates. Die Verwaltung steht einer derartigen Diskussion des Gemeinderates offen gegenüber.		VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
115. Es wird eine Diskussion darüber gefordert, ob die Verwaltung sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht die stetig steigenden Anforderungen an die Erfüllung öffentlicher Aufgaben überhaupt bewältigen kann. Hierzu ist die Umsetzung der Steuerungsmechanismen des NKHR fundamentale Voraussetzung.	Das Problem wurde von der Verwaltung erkannt. Bereits in mehreren Ämtern wurden mit externer Unterstützung Organisationsentwicklungsprozesse durchgeführt. Über die entsprechenden Ergebnisse und konkreten Maßnahmen wurde dem Gemeinderat berichtet. Soweit es Personalmehrbedarfe gab, wurden diese vom Gemeinderat bewilligt. Darüber hinaus berichtet die Verwaltung in regelmäßigen Abständen (z.B. letzter VKS) über aktuelle Entwicklungen und Bedarfe. Zudem soll Anfang 2018 über die Ergebnisse von Stellenbewertungen berichtet werden.		VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
116. Es wird beantragt, mehr Hinweise zu den einzelnen Haushaltspositionen zu geben.	Im Zuge der künftigen Planaufstellungen wird verstärkt darauf geachtet werden, wo möglich mehr Informationen in den Haushaltsplan mit einzubringen.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
117. Es wird beantragt, das städtische Handeln mehr nach den am 28.04.2015 beschlossenen strategischen Handlungsfeldern - Bildung und Jugend - Infrastruktur und Verkehr - Stadtentwicklung auszurichten. Maßstab soll ein Höchstmaß an Bürgerzufriedenheit, sowie eine Zukunfts- und Gemeinwohlorientierung sein.	Zu Fragen der Haushaltssteuerung ist beabsichtigt, im ersten Halbjahr 2018 eine Sitzung der Lenkungsgruppe NKHR anzuhalten..	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
118. Es wird ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern beantragt. Der Blick soll dabei auf das absolut Notwendige gerichtet werden.	Die Verwaltung ist bei ihren Überlegungen und den beabsichtigten Maßnahmen dem gesetzlich vorgegebenen Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet, und handelt gesetzeskonform.		VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
119. Es wird beantragt, dass im VKS über die Personalgewinnung, die Altersstruktur, den Fachkräftemangel, die Weiterbildungsmöglichkeiten und die räumliche Unterbringung diskutiert wird.	Die Verwaltung hat diesbezüglich bereits erste Überlegungen angestellt und wird darüber im VKS berichten.	10	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
120. Es wird der zeitnahe Ausbau weiterer Kinderbetreuungseinrichtungen gefordert, da im Jahr 2019 sich erneut eine große Lücke auftut.	Die Verwaltung ist bereits mit konkreten Planungen befasst. Verwaltung und Gemeinderat werden sich im Rahmen der Klausurtagung im Februar 2018 mit dieser Thematik beschäftigen.	40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
121. Es wird ein transparentes Liquiditätsmanagement zur Vermeidung von Strafzinsen für Guthabenanlagen gefordert. Darüber hinaus muss die Risikovermeidung wegen des Wegfalls der Einlagensicherung für kommunale Gebietskörperschaften beachtet werden.	Gemäß den für die Stadt aktuell gültigen Anlagerichtlinien sind nur Geldanlagen möglich, bei denen ein Kapitalverlust ausgeschlossen ist. Daran hat sich die Verwaltung selbstverständlich, und ohne Aufforderung Dritter, gehalten. Diese Sicherheitsbestimmung steht teilweise im Widerspruch zu dem Vorhaben, negative Einlagezinsen zu vermeiden. Es wurden im VKS bereits alternative Geldanlagen vorgestellt. Die erbetenen Rückantworten aus den Fraktionen sind bislang noch nicht eingetroffen. Die Verwaltung wird nach Vorliegen dieser Rückmeldungen das Thema erneut im VKS aufrufen.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag. Es soll eine Gruppe mit 1 Vertreter pro Fraktion gebildet werden, die das weitere Vorgehen berät.
122. Es wird die Verschlinkung der Entscheidungsabläufe innerhalb der Verwaltung gefordert.	Die Verwaltung überprüft regelmäßig ihre internen Entscheidungsabläufe um sie wo sinnvoll und vor allem rechtlich möglich zu vereinfachen oder zu verschlanken. Zum Beispiel die Neuregelungen der Hauptsatzung haben einen deutlichen Beitrag zur Entlastung des Gemeinderats und zur Beschleunigung von Entscheidungsabläufen beigetragen.		VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
123. Es wird ein Personalaufbau gefordert, um Engpässe und Verzögerungen innerhalb der Verwaltung zu verhindern.	Der Antrag wird befürwortet.		VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
124. Es wird gefordert, die Gemeinderatsaufgaben ernst zu nehmen. Teilweise gibt es bis für die Gemeinderäte bis zu 3 Sitzungen pro Woche in den städtischen Gremien. Die Sitzungsdauer sollte nur in wenigen Ausnahmefällen über 22:00 Uhr hinausgehen.	Siehe Antrag Nr. 112. Den zahlreichen Wünschen der Gemeinderäte auf Beteiligung kann nur entsprochen werden, wenn entsprechende Sitzungsfolgen vereinbart werden. Es ist beabsichtigt, das Thema im Ältestenrat aufzurufen.		VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

Leinfelden-Echterdingen, 30.11.2017
Finanzverwaltungsamt
Az.: 902.41:HHPLAN 2018